

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 27 1. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Verlamplungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland. 1 200 000 Erwerbslose.

In der Weltwirtschaft hat sich das Blatt gewendet. England war Jahre hindurch das Land mit der größten Arbeitslosigkeit. Seit Anfang Oktober beginnt sich die englische Wirtschaftskrise zu mildern. Die Arbeitslosenziffern werden geringer. Das gleiche ist in Amerika zu bemerken. Der Auftrag des amerikanischen Stahltrusts, der immer als ein typisches Merkmal der dortigen Konjunktur bezeichnet wird, war seit langem nicht so groß als gegenwärtig. Die Konjunktur dieser beiden Staaten befindet sich also in aufsteigender Linie. Das Gegenteil ist in Deutschland der Fall. Seit September hat sich hier ein Umschwung vollzogen, der sich in den letzten Wochen in stürmischer Weise fortsetzt. Eine große Krise ist im Anmarsch. Die Arbeitslosenziffern steigen rapide, die Konjunkturziffern ebenfalls, wie nachstehende Aufstellung beweist:

	Erwerbslose	Konjunktur
Anfang Januar 1925	593 000	796
April	319 700	687
Juli	195 000	797
September	231 000	887
Oktober	266 000	1152
November	364 000	1344
Mitte	471 333	—

Eine Steigerung der Arbeitslosen um rund 30 % in einem halben Monat ist bisher noch nicht dagewesen. Da es sich in diesen Ziffern nur um sogenannte Vollerwerbslose handelt, das heißt um solche, die Unterstützung beziehen, ist die Arbeitslosenziffer natürlich erheblich höher. Man kann die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 1 200 000 beziffern und wird damit keineswegs zu hoch gegriffen haben. Nach der letzten uns zur Verfügung stehenden Statistik der Gewerkschaften waren am 31. Oktober 5,8 % der Mitglieder arbeitslos, ferner gab es an diesem Tage 12,4 % Kurzarbeiter, so daß mehr als ein Sechstel der Arbeiter nicht den tarifmäßigen Lohn verdient. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit weiter fortgeschritten. Diese schlechten Wirtschaftsverhältnisse offenbaren sich in einer Zeit, wo ein harter Winter im Anzuge ist und das Weihnachtsfest, das heilige Fest der Liebe vor der Tür steht. Gelobt sei die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung!

Die deutsche Krise ist mit einer gewöhnlichen Krise der Vorkriegszeit nicht zu vergleichen. Damals handelte es sich darum, die im Fieber der Hochkonjunktur erzeugten Produkte abzusetzen. Um dies zu erreichen, setzte der Apparat der Produktion in einigen Teilen so lange aus, bis wieder Raum für vermehrte Produktion geschaffen war. Die gegenwärtige Krise ist eine Krise der deutschen Wirtschaft überhaupt, ja eine geistige Krise der deutschen Wirtschaftsführer, die auf das falsche Pferd gesetzt haben, die den Produktionsapparat nach der verkehrten Seite in die Breite wachsen ließen, ohne den Versuch zu machen, mit weniger Produktionsmitteln, aber mit desto größerer Ergebenheit das gleiche, ja noch mehr zu erreichen. Dies muß vor allem festgestellt werden. Deshalb ist zur Reinigung und damit zur Voraussetzung einer endgültigen Gesundung eine harte Krise vonnöten. So leid uns dies auch tun mag, es ist kein anderer Ausweg vorhanden. Von selbst werden die unrentablen Betriebe nie ausgeschaltet, eine ganz eminente Herabsetzung der Preise, wie sie im Laufe der Krise erfolgen muß, ist nur so möglich. Nicht mit Unrecht sagte deshalb der Hauptreferent auf der Tagung des Vereins der Deutschen Maschinenbauanstalten: „Die deutsche Wirtschaft muß sich endlich wieder zu voller Gesundheit durchringen. Der Reinigungsprozeß wird noch schwere Opfer erfordern. Aber je gründlicher und rascher sich jetzt die Entwicklung vollzieht, desto besser am Ende für uns alle. Die Lösung muß jetzt sein: Durch!“

Künstliche Mittel haben bis jetzt den wahren Gesundungsprozeß verhindert. Mit dem Beginn der Währungsanpassung schien es, als sollte auch eine gründliche Reinigung der Wirtschaft von allen Schlacken durchgeführt werden. Doch eine allzu weitgehende Kreditgewährung seitens der Reichsbank verhinderte dies. Und als nun mit

dem 7. April 1924 von dort der Umschwung in Gestalt einer Kreditbeschränkung kam, da schien man eine Unterlassung nachholen zu wollen. Doch da erschienen die Auslandskredite auf dem Plan und erwirkten wieder so etwas wie eine Draufpulverkonjunktur, die bis vor einigen Monaten anhielt. 3½ Milliarden Mark Auslandskapital harren jetzt der Verzinsung. Nunmehr scheint es kein Ausweichen mehr zu geben. Nur ist es schade, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Sünden immer den Schullosen bühen läßt, daß der Anarchismus ihrer Produktionsweise nur durch eine Katastrophe wieder in die rechte Bahn gebracht werden kann.

Wie soll nun der Krise zu Leibe gegangen werden, wie soll das entsetzliche Los von mehr als einer Million Arbeitsloser gemildert werden? Das ist die schwierige Frage, die zu lösen ist. Die Bochumer Handelskammer sagt in einer Erklärung, daß mit Stilllegungen und Kurzarbeit sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht überwinden lasse, sondern diese dadurch nur noch von Tag zu Tag gefährlicher werde. Das ist richtig. Es erscheint vielmehr dringend notwendig, vorhandene Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten, soweit sie nicht unrationelle Betriebe betreffen. Das wesentlichste zur Überwindung der Krise scheint uns im folgenden zu liegen: weitgehende Vermehrung des Absatzes womit eine nachfolgende Vermehrung der Produktion ohne weiteres verbunden ist. Damit einher muß eine Produktionsverbilligung gehen, die durch Nationalisierung der Produktion, Zusammenschluß gleichartiger Betriebe, Beseitigung jedes Leerlaufes, Verhinderung jedes Eingriffes in die Preisgestaltung und in die Produktion durch Kartelle und Syndikate gestützt wird.

Notwendig und ausschlaggebend ist hier vor allem eine stichbare Preissenkung. Erfolgt diese in genügendem Maße, dann wird und muß eine Absatzsteigerung eintreten. Der Inlandsmarkt ist noch genügend aufnahmefähig, wenn die Preise mit der gesunkenen Kaufkraft der Massen in Einklang gebracht sind. Auch der Export wird eine nicht geringe Belebung erfahren, wenn er durch billige Preise angeregt wird. Die Lagerbestände, die in Deutschland erschreckend hoch sind, müssen unter enormem Preisdruck geräumt werden. Sind die Bestände auf diese Art verschwunden, dann wird und muß der Produktionsapparat wieder in Gang gesetzt werden. Und dann wird dies wahrscheinlich unter bedeutend verbesserten Vorbedingungen und Aussichtsöglichkeiten geschehen.

Preisabbau ist also das A und O einer Wirtschaftsgesundung in Deutschland. Dies scheint auch die jetzt im Sterben liegende Regierung eingesehen zu haben; denn in einer ihrer Sitzungen nach der Rücktrittserklärung hat sie eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Senkung der Preise und Befreiung der Wirtschaft von äußeren Einflüssen beschlossen. In einem Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues wird eine Reihe wichtiger Maßnahmen beschlossen. Da ist zuerst die Aufhebung der Kriegsverordnung über die Geschäftsaufsicht. Die Möglichkeit, sich unter Geschäftsaufsicht begeben zu können, war zuletzt eines der wesentlichsten Hindernisse für den Abbau des übersehten Wirtschaftsapparates. Nach den Vorschlägen sollen die Vorkriegsverhältnisse auf diesem Gebiete wieder hergestellt werden, wo nur ein Zwangsvergleich und der Konkurs vor dem Amtsgericht geschlossen werden konnte. Ferner soll die Beseitigung der Ausnahmestellung von Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung vom 2. November 1923 nicht zu fassen waren, angestrebt werden. Hierher gehören vor allem die Innungen und Innungsverbände, die teilweise eine noch schlimmere Preispolitik getrieben haben als die Kartelle. Ferner sollen Vorschriften über das Feilhalten von Brot usw. erlassen, Herabsetzung des Apothekerszuschlages erstrebt werden und einiges andere. Man kann der Regierung in der Hauptsache zustimmen, nur weiß man noch nicht, was an die Stelle der früheren Luther-Regierung treten soll. Nebenfalls wird es notwendig sein, auch die zukünftige Regierung zur Beschleunigung dieser Maßnahmen zu drängen.

Die Not des arbeitenden Volkes steigt von Stunde zu Stunde. Die Ziffern der Arbeitslosen wachsen, die kapitalistische Wirtschaftsweise vermag einer großen Zahl von Kopf- und Handarbeitern keine genügende Beschäftigung zu bieten. Der fehlerhafte Kreislauf des gegenwärtigen Systems — Ueberfluß auf der einen und Mangel auf der andern Seite — bestätigt sich wieder einmal in hervorragender Weise. Der Kapitalismus vermag die Schwierigkeiten seiner Produktionsweise nur unter ungeheuren Schädigungen von Millionen unschuldiger Menschen zu überwinden. Mehr als bisher muß die Beseitigung dieses Systems angestrebt werden. Doch da wir so lange nicht warten können, müssen nächstliegende Maßnahmen entschlossen in Angriff genommen werden. Diese bestehen in der Beseitigung aller Krankheitserscheinungen, wie sie dem Produktionsapparat noch anhaften. Darüber hinaus müssen Mittel vom Reich, den Ländern und den Gemeinden flüssig gemacht werden, um die größte Not unter den Erwerbslosen und Kurzarbeitern lindern zu können. Denn das bestehende Produktionssystem ist es wahrhaftig nicht wert, daß seinetwegen auch nur eines der Opfer auf der Strecke bleibt.

Die Wirtschaftskrise hat auch den Bundesausschuß des A D G B. in seiner Sitzung am 8. Dezember beschäftigt. Seine Stellungnahme ist in folgender Entschließung zusammengefaßt:

„Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Vereinigung der Wirtschaft von allen parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmertum hat die Veremigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmerexistenzen, die vielzweifelnden Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenützter Produktionsmittel, die vielzu hohen Handelspreisen und Zwischengewinne sowie die unerträglich hohen Geldzinsen.“

Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgedrosselt wurde, unterblieb auf der andern Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise. Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Absatz- und damit auch zu einer Produktionskrise führen.

Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unsehbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehrten sich die Meldungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesausschuß gegen diese Versuche schärfste Verwahrung ein und fordert bei dem gerechten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Öffentlichkeit und der Behörden.

Der Bundesausschuß verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Zollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginns wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern.

Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichstagsausschuß beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen. Neben einer ausreichenden Unter-

stützung völlig Arbeitslos ist auch Kurzarbeitern eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkenden Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern beziehungsweise zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten, Vergebung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage der künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unerlässlich."

Unsere statistischen Feststellungen

vom 28. November 1925.

860 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 86 023 nachgewiesen, darunter 7370 Lehrlinge. Arbeitslos waren 16 214 oder 18,85% und krank 2297 oder 2,67%. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	Arbeitslos	Krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	49	2891	309	1213	80
Brandenburg	104	10249	709	1524	291
Pommern	47	3048	353	968	61
Grenzmark	9	459	78	189	21
Sachsen	80	8213	1069	2162	237
Sachsen	65	5749	425	798	141
Schleswig-Holstein	36	2349	220	491	72
Hannover	62	3570	206	766	107
Westfalen	28	1922	164	562	81
Hessen-Nassau	16	2874	145	770	89
Rheinland	25	3651	176	944	120
Hohenzollern	—	—	—	—	—
Preußen	521	44975	3854	10387	1300
Bayern	79	6208	432	1326	204
(Rheinpfalz)	4	125	9	25	7
Sachsen	60	15913	1680	1122	222
Württemberg	24	1805	75	242	71
Baden	14	1813	108	108	48
Thüringen	51	3861	283	747	130
Hessen	11	1023	89	159	31
Mecklenburg-Schwerin	50	1715	173	494	67
Mecklenburg-Strelitz	9	284	40	56	9
Oldenburg	9	726	80	108	22
Braunschweig	10	704	49	218	15
Anhalt	7	416	36	88	13
Schaumburg-Lippe	2	138	8	24	4
Lippe-Deimold	3	77	9	27	3
Waldeck	1	18	3	—	2
Lübeck	1	464	44	149	10
Bremen	1	1219	70	204	43
Hamburg	2	3573	255	532	60
Deutsches Reich	859	85057	7297	15966	2261
Danzig	1	966	73	248	36
Insgesamt	860	86023	7370	16214	2297

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 31. Oktober hat sich die Arbeitslosenziffer von 8,36 auf 18,85%, die Krankenziffer von 2 auf 2,67% erhöht. 141 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis vom 31. Oktober stellt sich, nachdem noch 63 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 888 Zahlstellen mit zusammen 88 735 Mitgliedern, darunter 7353 Lehrlinge, waren 7692 Mitglieder arbeitslos und 8131 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 19. Dezember.

Bauarbeiterchutz.

Die starke Zunahme der Bauunfälle in den letzten Monaten hat zu Anträgen und Anfragen unserer Vertreter im preussischen Landtage und zu der Forderung geführt, dem Schutze der Bauarbeiter größere Beachtung zu widmen. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat nun nachstehenden Erlass herausgegeben:

Berlin W 66, den 14. November 1925.

II 9 Nr. 698.

Bauarbeiterchutz.

Aus den Kreisen der Bauarbeiter wird darüber geklagt, daß in neuerer Zeit die Unfälle bei der Ausführung von Bauten stark zugenommen haben. Wenn auch die Zunahme der Bauunfälle im Verhältnis zu den letzten Jahren zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich die Bautätigkeit nicht mehr hauptsächlich auf Kleinhäuser erstreckt, sondern wiederum dem Hochbau zuwendet, so erwacht doch den Baupolizeibehörden die Pflicht, ihr besonderes Augenmerk auf die Beachtung der zum Schutze der Bauarbeiter erlassenen Bestimmungen zu richten. Es ist verschiedentlich beobachtet worden, daß die polizeiliche Überwachung der Bauten nicht ausreichend war. Ich ersuche deshalb, den Baupolizeibehörden zur Pflicht zu machen, bei den polizeilichen Festsetzungen der Neu- und Umbauten auf die genaue Innehaltung der zum Schutze der Bauarbeiter erlassenen Vorschriften zu achten. Durch Nachprüfung an Ort und Stelle müssen sich die Ortspolizeibehörden die Überzeugung verschaffen, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen auch wirklich vorhanden sind.

Bei dieser Überwachung hat sich nach den in vielen Orten gesammelten Erfahrungen die Hinzuziehung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande bewährt. Unter Hinweis auf den Erlass des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 13. Dezember 1918 — St. 6 71 — ersuche ich deshalb, erneut dafür einzutreten, daß namentlich in den Orten, in denen bereits amtlich be-

stelltes Baupersonal für die Bauüberwachung vorhanden ist, auch Personen herangezogen werden, die aus dem Bauarbeiterstande herbergewonnen sind.

In dem Erlass wird das Anwachsen der Unfälle mit der Errichtung von Hochbauten im erweiterten Umfange zu erklären versucht. Dieser Umstand darf aber nicht dazu verleiten, die steigenden Unfallziffern als eine somit natürliche und unabwendbare Erscheinung anzusehen. Im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Baumarktes, der sich im stärksten Maße wieder dem Hochbau zuwendet und sich auch zur Ausführung von Tiefbauwerken größten Umfanges ansieht, ist es höchste Zeit, Maßnahmen zur Vorbeugung der erhöhten Verursachung zu treffen. Es verdient festgehalten zu werden, daß der Wohlfahrtsminister zum Ausdruck bringt, die polizeiliche Überwachung der Bauten sei verschiedentlich nicht ausreichend gewesen. Wir haben auf diesen Umstand wiederholt hingewiesen und Abhilfe gefordert. Leider ist nach dieser Richtung bisher nichts geschehen, sehr zum Schaden der Bauarbeiter, die inzwischen manches Opfer an Gesundheit und Leben bringen mußten.

Die Abbaupermission hat das Personal der Baupolizeiamter nicht verschont, auch eine große Anzahl Baukontrolleure wurde entlassen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn es jetzt nach dem leichten Aufleben der Bautätigkeit an Zeit und Leuten zur sorgfältigen Überwachung der Bauten mangelt. Das ist Sparmaßnahme am falschen Ort, denn die infolge der spärlichen Revisionen der Bauten jetzt auffällig häufig eintretenden Unfälle verursachen zweifellos weit mehr Kosten als Ersparnisse durch den Personalabbau erzielt werden.

Der Tatsache, daß die Eindämmung der Bauunfälle nur durch öftere und eingehende Prüfung der Bauten auf die genaue Innehaltung der Bauarbeiterchutzbestimmungen zu erreichen ist, hat sich wohl auch der Wohlfahrtsminister nicht verschließen können. Hoffentlich gehen auch die nachgeordneten Stellen über die gegen eine schärfere behördliche Überwachung der Bauten hervortretenden Widerstände hinweg und beschaffen damit den ministeriellen Anordnungen zu einem vollen Erfolg in der Praxis.

In dem Erlass wird den Gemeinden die weitere Einstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande empfohlen. Entgegen den vielfachen und erst kürzlich wieder erhobenen Behauptungen, Bauarbeiter wären zur Bekleidung eines solchen Amtes weder befähigt noch geeignet, wird in dem Erlass hervorgehoben: „Die Hinzuziehung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande hat sich nach den in vielen Orten gesammelten Erfahrungen bewährt.“ Die baugewerblichen Arbeiter werden sich diese Anerkennung zu merken haben, wenn von gewisser Seite die Tätigkeit der Baukontrolleure wieder als zwecklos hinzustellen versucht wird. Das Wohlfahrtsministerium muß aber, um seinem Erlass nach jeder Richtung die erwünschte Beachtung und Anwendung zu verschaffen, mit gutem Beispiel vorangehen.

Im Frühjahr 1924 sind in der Provinz Hannover drei staatliche Baukontrolleure „mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates“ entlassen worden. Die geplante Wiederbesetzung der Stellen ist kürzlich angeblich an dem Widerstand des Finanzministeriums gescheitert, das die erforderlichen Mittel aus dem Etat streich. Hier wird der Wohlfahrtsminister die ablehnende Haltung seines Kollegen von der andern Fakultät in Zustimmung umzuwandeln haben, sonst ist die praktische Auswirkung seines Erlasses in Frage gestellt. Es ist ein Unbild, nach einer Seite etwas zu empfehlen und im eigenen Hause es nicht durchzuführen. Wird dieser Gegensatz nicht beseitigt, dann werden Gemeinden und Kreise nach dem Beispiele des Staates auch ihrerseits die finanzielle Notlage vorziehen und diesen Erlass lediglich zur „Kenntnis“ nehmen. Das ist zu befürchten, wenn der preussische Staat die drei hannoverschen Baukontrolleure nicht baldigst wieder einstellt. Schließlich haben auch die dortigen Bauarbeiter Anspruch auf den gleichen Schutz als anderswo. Es kann ferner nur von Nutzen sein, wenn die staatlichen Bauverwaltungen angewiesen werden, der Durchführung der Bauarbeiterchutzbestimmungen innerhalb ihrer Zuständigkeit erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Auf den Staatsbauten sowie bei Wohnungsbauten, die einen Zuschuß aus allgemeinen Mitteln erhalten, ist bei gutem Willen in weitem Maße die Möglichkeit dazu gegeben. Besonders in ländlichen Gebieten könnte dadurch vieles gebessert werden. Hoffentlich ist die Fürsorge des Wohlfahrtsministeriums gegenüber den von Verursachung bedrohten Bauarbeitern durch die Herausgabe dieses Erlasses nicht erschöpft. Es muß mehr getan werden, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen.

Aber nicht nur in Preußen ist die Zahl der Unfälle erschreckend gestiegen, sondern auch in anderen Teilen des Reiches mit nennenswerter Bautätigkeit. Die Ursachen sind die gleichen, so daß auch die Abwehrmaßnahmen einheitlich sein müssen. Die zuständigen Stellen in den anderen Freistaaten sollen sich bald entschließen, ähnliche Schritte zu tun. Darüber hinaus wäre es zweckdienlich, wenn sich die Sachbearbeiter der einzelnen Länderregierungen zu einer gemeinsamen Aktion zusammenschließen würden. Ein solches Vorgehen könnte seine Wirkung nicht verschlehen.

Das Reichsarbeitsministerium beglückte uns im Sommer mit dem Entwurf einer Musterverordnung zum Schutze der Bauarbeiter. Wir haben bisher nichts wieder davon gehört. Gerade diese Stelle sollte jetzt aus ihrer Reserve heraustreten und sich an der Bekämpfung der Unfallgefahren im Baugewerbe führend beteiligen. Das wäre ein kleiner, aber gewiß nicht erfolgloser Schritt vorwärts auf dem Wege zum Reichsbauarbeiterchutz.

Den baugewerblichen Arbeitern fällt nun die Aufgabe zu, gestützt auf den Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers und im Hinblick auf ihren gefährlichen Beruf, dem schon so viele Kollegen zum Opfer fielen, überall eine bessere Überwachung der Bauten zu fordern und gleichzeitig die Hinzuziehung von Baukontrolleuren aus den eigenen Reihen durchzusetzen.

Leben und Arbeit.

Wie so vieles andere gehört auch der Daseinszweck des Menschen zu den großen Rätseln, die ihm von der Mutter Natur aufgegeben wurden und deren Lösung er bis jetzt vergeblich versuchte. Wir leben — also sind wir da — an unserm Dasein ist nicht zu zweifeln. Warum und wozu wir leben, ist uns dagegen unbekannt. Zwar fehlt es nicht

an dahingehenden Erklärungsversuchen, metaphysischen Spekulationen und Hirngespinnsten. Ueber den von der Natur dem Menschen gestellten Lebenszweck bringen sie aber keine Klarheit, weil eine außer ihm selbst liegende besondere Zweckbestimmung nicht besteht. Eine solche annehmen zu wollen, wäre eine Annahme! Haben wir Menschen doch nichts vor den übrigen Lebewesen voraus. Wie bei jenen besteht unser Körper aus den gleichen Stoffen, baut sich in derselben Weise auf und ist den gleichen Naturgesetzen unterworfen. Nur in der äußeren Körpergestalt sowie in seiner vielseitigen Anpassungsfähigkeit weicht der Mensch von seiner tierischen Umwelt ab. Wir wissen aber, daß die damit verbundenen Vorzüge keine besonderen Gaben der Natur waren, sondern sich erst im Verlaufe ungeheurer Zeiträume im steten Kampfe der Menschen mit den Naturgewalten entwickelt haben. Ursprünglich nicht höher stehend als das Tier, ist so der Mensch zum Beherrscher der Naturkräfte geworden und hat nach unserm Begriffen gegenüber allen andern Lebewesen die höchste Entwicklungsstufe erreicht.

Das bedeutet nicht, daß dieser Entwicklung ein bestimmter Zweck oder eine Vorausbestimmung zugrunde liegt. Die Natur ist kein mit Vernunft und Willen begabtes Wesen und ebensowenig steht über ihr ein anderes, höheres, das ihr Plan und Ziel vorschreibt. Im Raum des Weltalls vollzieht sich vielmehr alles nach dem Kausalitätsprinzip von Ursache und Wirkung. Alles Leben ist nur eine Form der Bewegung, die sich wiederum aus der Reaktion der Stoffe aufeinander ergibt. So ist das Leben unendlich, weil die Bewegung eine unendliche ist, es einen Stillstand nicht geben kann. Selbst was wir als Tod und damit als Ende des Lebens betrachten, ist nur eine andere Lebensform, aus der in unendlicher Wiederholung stets neue Bewegung und damit neues Leben hervorbricht. So ist der Mensch in der allgewaltigen Natur trotz all seiner ihm suggerierten göttlichen Vorausbestimmung doch nicht mehr als ein Häufchen kosmischen Staubes, eine Konzentration von Stoffen, die in ihrer organischen Umbildung zu Zellen seinen Körper schaffen, dessen subjektives Dasein aber mit ihrem Zerfall sein Ende erreicht. Und Zweck und Inhalt dieses so zustandekommenden Lebens ist nur das, was der Mensch ihm selbst durch seinen Intellekt und seine Arbeit zu geben vermag.

Die Natur hat dem Menschen vor ihren andern Lebewesen keinerlei Vorrang eingeräumt. Naht und bloß tritt er bei seiner Geburt in das Leben hinein. Von dem Augenblick an, wo der junge Mensch dem Schutze und der Fürsorge seiner Eltern entwich, war er von jeder gezwungen, um sein Dasein zu ringen, zu arbeiten; denn freiwillig wurde ihm von der Natur nichts geboten. In stetem Kampfe mit ihr, in unausgesetzter Arbeit gelang es ihm erst, der seinem Schaffen feindlichen Naturkräfte Herr zu werden, sie in seinen Dienst zu zwingen. In dem Maße, wie sich seine Erkenntnis der Naturgesetze ausweitete, wuchsen ihm die Mittel zu, seine Existenz zu erleichtern, seinem Leben höheren materiellen Wert und schließlich auch geistigen Inhalt zu geben. Damit wurde die ursprünglich rohe, nur die einfachsten Lebensbedürfnisse befriedigende Arbeit zunehmend weniger lästig, ergiebiger und bot dem Menschen Aussicht, von der Sorge um die Erhaltung der Existenz frei zu werden, zu einem zufriedenen, materiell gesicherten Leben, zugleich auch zu höherer geistiger Entwicklung emporzuheben.

So konnte es dahin kommen, daß die Arbeit zur Quelle des Segens für alle wurde. Wo stehen wir aber heute? Aller Fortschritte auf technischem und geistigem Gebiete ungeachtet, verbringt die Mehrzahl der Menschen ihr Leben in Dürftigkeit, Sorge und Entbehrung, lebt in wirtschaftlicher und geistiger Unfreiheit dahin. Die der Menschheit Freiheit und Unabhängigkeit verhelfende Arbeit ist für nur zu viele nach wie vor eine drückende Last, weil sie in dem rücksichtsloser als je geführten Kampfe ums Dasein beiseitegeschoben, um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden. Trotz gewaltiger Steigerung der Arbeitsergiebigkeit bleibt ihnen als Lohn für ihre Mühe nur ein so geringer Anteil von ihrem Arbeitsertrage, daß er kaum zur Fristung der notdürftigsten Existenz ausreicht und auch diese nur zu oft in Frage gestellt wird. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Menschen befindet sich in günstiger Lage, kann in Sorglosigkeit, Behaglichkeit und Luxus das Leben genießen, an allem teilnehmen, was Arbeit, Kunst und Wissenschaft zur Verschönerung des menschlichen Daseins zu bieten vermag. Und was diesem Gegenjag besonders traurig erscheinen läßt, ist, daß diese Genüsse den Wenigen nicht zuliegen, weil sie mehr als jene andern arbeiten, sondern ihnen zufallen, obgleich sie keine oder nur wenig Arbeit leisten.

Das ist ein Widerfynn, wie er toller nicht sein kann und die Frage aufwerfen läßt, ob das Leben der Vielen unter diesen Umständen noch Wert und Zweck hat. Wären diese Verhältnisse unabänderlich, so müßte diese Frage mit Nein beantwortet werden. Denn ein Leben, das von seinem Anfang bis zum Ende nur Arbeit, Not und Entbehrungen kennt, keine Aussicht auf endliche Überwindung dieses Zustandes bietet, den Menschen fortgesetzt an der Grenze des Verhungerns festhält und auch seiner Nachkommenschaft kein anderes Los verheißt, ist nicht wert, gelebt zu werden. Allein die Hoffnung auf ein Emporarbeiten, auf eine Überwindung der ihm entgegenstehenden Hindernisse gibt dem Menschen den Mut und Antrieb, alle seine Kräfte in dieser Richtung einzusetzen. Wo diesem Antrieb der Boden fehlt, muß der Mensch an seinem Schicksal verzweifeln, in Apathie und Stumpfheit verfallen, schließlich im Elend untergehen, sofern er nicht gewalttätig sein Los zu ändern sucht oder sein Leben vom sich wirft.

So trostlos aber auch das Leben der arbeitenden Menschen erscheint, so wenig liegt zur Verzweiflung Anlaß vor. Die ihre Lage herabdrückenden, ihr Leben verbitternden und freudlos machenden Zustände sind keine unabänderlichen. Daß sie bestehen, liegt lediglich an der Verfehlung unserer gesellschaftlichen Einrichtungen, die anders zu gestalten durchaus in die Macht des Menschen gegeben ist. Sie sind begründet in der Besitzlosigkeit der Massen und dem Besitz der Produktionsmittel in den Händen der Wenigen. Dadurch allein sind diese in der Lage, sich die

von den Arbeitern geschaffenen Werte anzueignen, zur wirtschaftlichen und politischen Macht zu gelangen, die Massen in Unfreiheit und Abhängigkeit zu halten. Gelingt es, ihnen diese Macht zu entreißen — was durch die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit geschehen kann —, so muß der gegenwärtige, auf die Dauer unmögliche gesellschaftliche Zustand sein Ende erreichen. Die moderne Arbeiterbewegung weiß der Arbeiterschaft den Weg, den sie gehen muß, um diese Aenderung herbeizuführen. Alle in ihr tätigen Kräfte sind auf dieses Ziel gerichtet. Insbesondere sind es die Gewerkschaften, die auf einen gesellschaftlichen Umbau hinarbeiten, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende machen, dem Arbeiter den gebührenden Ertrag seiner Arbeit sicherstellen, sein Leben lebenswert machen wollen. Nicht plötzlich kann diese Umwandlung eintreten. Nur unablässige, harte Arbeit kann zum Erfolge führen. Dieser wird aber um so eher eintreten, je mehr die Arbeiter die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennen und zielbewußt die Bestrebungen der Gewerkschaften fördern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Preis für Anzeigen im „Zimmerer“

wird mit Beginn des neuen Jahres erhöht, und zwar auf 75 M pro Zeile für Anzeigen aller Art, also auch für die Sterbetafel, auf 50 M pro Zeile für Versammlungsanzeigen. Der erhöhte Preis gilt von Nr. 1 des „Zimmerer“ 1926 an.

Der „Jung-Zimmermann“

kann vom 1. Januar 1926 an auch durch die Post bezogen werden. Der Bezugspreis ist vierteljährlich 50 M ohne Postgeld. Kameraden, die gewillt sind, den „Jung-Zimmermann“ zu beziehen, können ihn bei der nächsten Postanstalt bestellen. Der „Jung-Zimmermann“ ist im ersten Nachtrag der Postliste veröffentlicht.

Der Bezug des „Jung-Zimmermann“ durch die Zahlstellen bleibt dadurch unberührt. Für sie erfolgt die Zustellung nach wie vor durch unsere Expedition.

Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.

Wiederholt gehen uns aus den verschiedensten Zahlstellen Mitteilungen zu, daß mit den Freimarken, die den Mitgliedern nur für die Zeit der nachgewiesenen Erwerbslosigkeit gefleht werden dürfen, recht viel Unfug getrieben wird. Die Kassierer sind recht oft auf die Angaben der Mitglieder selbst oder auf solche, die von Kolporteurs gegeben werden, angewiesen. Auf Grund der Erklärung, daß das betreffende Mitglied erwerbslos gewesen sei, händigt der Kassierer dann die Freimarken aus. Hinterher hat sich dann nicht selten herausgestellt, daß man dem Kassierer nicht die Wahrheit berichtet hat. Wir müssen daher darauf aufmerksam machen, daß sich in solchen Fällen das betreffende Mitglied eines Vergehens schuldig macht, das die Maßnahme des Ausschusses zur Folge haben muß.

Es wird daher dringend eruchtet, daß Freimarken nur dann verabfolgt werden, wenn sich die Mitglieder der Kontrolle unterzogen haben oder in Krankheitsfällen einwandfrei die Erwerbslosigkeit während einer bestimmten Zeit nachgewiesen worden ist. Wenn trotzdem einzelne Mitglieder sich durch falsche Manipulationen in den Besitz der Freimarken setzen, dann haben sie wegen Betrugs den Ausschluß zu gewärtigen.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Saarbrücken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Brunsbüttel. Am 6. Dezember fand eine Mitglieder-versammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Roth, eröffnete die Versammlung und gab Kenntnis von einem Schreiben, worin mitgeteilt wird, daß die Reparaturarbeiten des Leitwerkes und der Schleusen am Kanal zur Hebung der Arbeitslosigkeit am Orte vorgenommen werden sollten. Dem Kameraden Roth wird die Sache zur weiteren Bearbeitung übergeben. In Bezugnahme auf ein Schreiben vom Zentralvorstand zwecks Kandidatenaufstellung zum 24. Verbandstag, wird Kamerad Roth einstimmig gewählt. Zu Punkt 2, unser Zentralverband und die Kämpfe und Lohnbewegungen im Baugewerbe, gibt der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Kämpfe und Bewegungen des Zentralverbandes der Zimmerer im ganzen Reich. Nach dem Bericht kann das Jahr 1925 als ein außerordentliches Kampfsjahr angesehen werden, es wird sogar das Großkampfsjahr 1910 übertraffen; trotzdem stand unser Zentralverband in seinem Kasernenbestand an dritter Stelle sämtlicher Verbände, was von großer Opferwilligkeit und einem guten Kampfgeist unserer Mitglieder zeugt. In der Aussprache wird die Laune unserer Mitglieder hier am Orte sowie der Mangel an Platzdelegierten bemängelt und stark gerügt. Vom Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, daß von jetzt ab in dieser Sache viel mehr geleistet werden muß und nur eine straffe Organisation uns vorwärts bringen kann. In „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende den Vorschlag, ein Lehrbuch von Kreis zum Preise von 30 M anzuschaffen, was einstimmig beschlossen wurde. Weiter sollen alle Kameraden, die am ersten Weihnachtstage am Orte zureisen, 3 M aus der Lokalkasse erhalten. Ferner wurde ein Antrag gestellt und einstimmig angenommen, dem Vorsitzenden für die letzten drei Jahre eine Entschädigung von 10 M pro Jahr zu zahlen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem nochmaligen Appell an die Mitglieder, für einen regeren Versammlungsbesuch zu sorgen, vom Vorsitzenden geschlossen.

Düsseldorf. Am 19. November fand im Volkshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Hennig über die letzten Verhandlungen sowie über den Schiedsspruch vom 11. Oktober berichtete. Der Schiedsspruch sah eine Lohnhöhung von 2 M die Stunde vor, wurde aber

von den Unternehmern abgelehnt, die versuchten, mit einem Lohnabbau durchzukommen. Von unserer Seite wurde die Verbindlicherklärung dieses Schiedsspruches beantragt. Leider habe der Schlichter die Verbindlicherklärung nicht ausgesprochen, sondern die Parteien zu neuen Verhandlungen geladen, die am 31. Oktober stattfanden. Auch diese Verhandlungen verliefen resultatlos; die Unternehmer bestanden immer noch auf einer Lohnsenkung. In den folgenden Tagen wurde auf Veranlassung des Schlichters eine Schlichterkammer gebildet, die den seither gezahlten Lohn für verbindlich erklärte. Die in dem ersten Schiedsspruch vorgesehene Erhöhung der Löhne wurde uns somit abgeknöpft, und die Vereinbarung vom 22. Mai sollte auch fernerhin Geltung haben. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Kamerad Hennig die wirtschaftlichen Verhältnisse im Industriegebiet, die er als trostlos bezeichnete. Massenentlassungen seien an der Tagesordnung, und auch im Baugewerbe nehme die Erwerbslosigkeit täglich zu. Diesen Niedergang suchten die Unternehmer auszunutzen und die Löhne zu senken. Die Arbeiterschaft müsse erkennen, daß nur die Geschlossenheit das Vorhaben der Unternehmer vereiteln könne. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß in Zukunft an allen Zahlstellen Delegierte zu wählen seien, damit die Interessen der Kameraden vertreten würden. Auch das Verhalten der Koblenzer Kameraden bei der Firma Haubach wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Im Anschluß hieran wurde ein Antrag angenommen, wonach jeder Kamerad einen lokalen Extracitrat von wöchentlich 1 M zu zahlen habe. Insgesamt müsse jeder Zimmerer der Zahlstelle 4 M an Sonderbeitrag aufbringen. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß bis zum Schluß des 4. Quartals jeder Kamerad seine Verpflichungsmarke beizugeben müsse.

Kulmbach. Am 8. Dezember fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Schiedsspruch vom 29. Oktober Geltung habe bis zum 31. März 1926. Die Kameraden stimmten dieser Vereinbarung zu. Zum Kandidaten für den nächsten Verbandstag wurde der Kamerad Hans Holzmann aufgestellt. Den kleineren Zahlstellen in der 75. Wahlabteilung soll die Wahl unseres Delegierten empfohlen werden. Es wurde dann die Lehrlingsfrage besprochen, und der Vorsitzende verteilte Fragebogen, auf denen die Zahl der Lehrlinge in unserem Zahlstellengebiet festgestellt werden soll. Den Kartellbericht gab Kamerad Türl. Er machte Mitteilung von den eingegangenen Rundschreiben und hob besonders die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften, der Volksfürsorge und der Arbeiterbank hervor. Alle Arbeiter müßten diese Einrichtungen unterstützen, damit es auf jenen Gebieten vorwärts ginge. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde lebhaft Klage geführt, daß einzelne Kameraden die Beschlüsse der Zentralen noch nicht erfüllt hätten und noch die Streikfondsmarken zu flehen hätten. Unter allen Umständen müsse jeder sein Buch bis zum Quartalschluß in Ordnung haben. Der Vorsitzende gab noch bekannt, an welchen Tagen die Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt würde und ersucht die Kameraden, für einen besseren Versammlungsbesuch in Zukunft Sorge zu tragen. Am 10. Januar findet die Generalversammlung im Lokale von Feisinger statt, an der alle Kameraden teilnehmen müssen. In seinem Schlusswort ermahnte der Vorsitzende die Kameraden zur intensiven Mitarbeit an unserer Verbandstätigkeit und schloß die gutverlaufene Versammlung.

Moßau. Am 8. Dezember fand in der „Philharmonie“ unsere Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Verhandlungen über die Lohngebietseinteilung, Kandidatenwahl für den 24. Verbandstag und Verhandlungsangelegenheiten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Kamerad Sallinger über die Verhandlungen mit den Unternehmern über die Neueinteilung der Lohngebiete, die am 15. Oktober stattfanden. In den Verhandlungen konnten wir nicht alle unsere Forderungen durchsetzen, obwohl eine Reihe von Verbesserungen erreicht wurde. Es fanden zur Regelung dieser Frage 3 Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die immer wieder versuchten, die Berliner Vereinbarung für sich auszuliegen. Leider sei die Konjunktur nicht besonders günstig, sonst würden die Zimmerer diese Vereinbarung nicht angenommen haben. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kamerad Sallinger vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde noch eine Reihe interner Angelegenheiten besprochen und die Arbeitszeitfrage geregelt. Um eine Kontrolle der Arbeitszeit durchzuführen, sollen die Kameraden am 18. Dezember ihre Lohnbüten beim Vorstände abliefern, damit Feststellungen über die Arbeitszeit der Kameraden gemacht werden können. Nach Erledigung weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Tann i. d. Rhön. Am 22. November fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. An Stelle des ausgeschiedenen seitherigen Vorsitzenden wurde ein anderer Kamerad gewählt. Weiter wurden ein neuer Schriftführer und 2 Neuwahlen bestimmt. Im 2. Punkt der Tagesordnung referierte der Gauleiter Kamerad Maul, Frankfurt, über: „Unser Zentralverband und die Kämpfe im Baugewerbe.“ Er schilderte die Ursachen der Kämpfe und ging dann ausführlich auf die letzten großen Aussperrungen und Streiks ein, die nicht nur gegen die Arbeitgeber im Baugewerbe, sondern gegen das gesamte Unternehmertum, vornehmlich das der Großindustrie, geführt werden mußten. An Hand von reichem Zahlenmaterial wies er den Umfang der gewaltigen Kämpfe nach und berichtete, daß es nur mit dem vorbildlichen Solidaritätsgefühl aller Kameraden und dem Opfermut der am Kampfe beteiligten Kameraden möglich gewesen wäre, die Anschläge des Unternehmertums abzuwehren. Er wies zum Schluß darauf hin, daß die Kameraden, die seither noch nicht ihre Streikfondsbeiträge geleistet hätten, dies unbedingt tun müßten, damit die Organisation auch weiter schlagkräftig bleibe und die Anstürmen des Unternehmertums gemachsen sei. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Hierauf gab Kamerad Maul einen kurzen Rückblick auf das fünfjährige Bestehen der Zahlstelle, die während dieser Zeit Auf- und Niedergänge durchzumachen hatte, und ermahnte die Kameraden zur Treue für die Organisation. Nachdem der Gauleiter im Schlusswort auf einige Anfragen eingegangen war und besonders noch einmal die wirtschaftliche Lage gestreift hatte, wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Baugewerbliches.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. (Nach dem Monatsbericht im „Reichsarbeitsblatt“ vom 5. Dezember.) Die Bautätigkeit ließ im November erheblich nach. Weitergearbeitet wurde im wesentlichen an solchen Bauten, die durch die Hauszinssteuer finanziert waren. Neue Bauten wurden wenig in Angriff genommen. Die Fertigstellung der in Ausführung begriffenen wurde wegen des zu erwartenden Frostes beschleunigt. In allen Bezirken wurden infolge Beendigung der Arbeiten zahlreiche Arbeiter fast aller Berufe des Hoch- und Tiefbaues entlassen. In manchen Bezirken kam die Bautätigkeit durch den Frost fast völlig zum Stillstand. Die rückläufige Entwicklung ist nicht allein auf die vorgerückte kältere Jahreszeit zurückzuführen, sondern auch auf die allgemeine Wirtschaftslage. Es wird über schleppende Zahlungsweise geklagt. Nach den Stichtagszählungen der wichtigeren Arbeitsnachweise ist die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter von 15 000 auf 43 000 gestiegen, die der offenen Stellen von 1400 auf 300 zurückgegangen. Zur gleichen Zeit des Vorjahres wurde kaum die Hälfte der vorgenannten arbeitslosen Bauarbeiter gemeldet.

Festpreise im Baugewerbe.

„Das Baugewerbe“ teilt mit: „Der Vorstand der Fachgruppe Bauindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der folgende Verbände angehören: Deutscher Wirtschaftsbund für das Baugewerbe E. V., Berlin, Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. V., Berlin, Beton- und Tiefbau-Wirtschaftsverband E. V., Berlin, Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin, E. V., Berlin, Deutscher Arbeitgeberverband für Feuerungs- und Schornsteinbau E. V., Berlin, Bund der Deutschen Betonwerke E. V., Obercaffel, Verband Deutscher Wasserleitungsunternehmer E. V., Frankfurt a. M., Vereinigung der Maßbagger-Unternehmungen E. V., Hamburg, hat sich in seiner Sitzung vom 23. November mit der Frage der Festpreisverträge befaßt und ist zu folgendem Ergebnis gelangt: Angesichts der Erkenntnis, daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wesentlich davon abhängig ist, daß alle ihre Teile ihre Leistungen und Lieferungen wieder in Form von festen Abschlüssen übernehmen, angesichts der Erkenntnis, daß sich dieser grundsätzlichen Forderung selbst gewichtige Bedenken unterordnen müssen, die sich aus den besonderen und in mancher Hinsicht eigenartigen Verhältnissen der Bauwirtschaft ergeben, hat der Vorstand der Fachgruppe Bauindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in seiner Sitzung am 23. November folgenden Beschluß gefaßt: Unter der Voraussetzung, daß die Streik- und Aussperrungsklausel in den Bauverträgen anerkannt wird, und daß die Auftraggeber bei etwaigen Lohn- und Tarifstreitigkeiten von allen Maßnahmen Abstand nehmen, welche die Stellung der Bauunternehmer zu schwächen geeignet sind, unter der weiteren Voraussetzung, daß die Auftraggeber in Erkenntnis gleicher Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit den Abschluß von Festverträgen dadurch erleichtern, daß sie keine unbilligen Forderungen an die ausführenden Firmen stellen, wird den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände empfohlen, Bauverträge allgemein zu Festpreisen abzuschließen, sofern bei ungeschinderter Bauausführung die Ausführungszeit voraussichtlich nicht länger als 6 Monate nach Angebotsabgabe dauern wird. Der Vorstand der Fachgruppe ist sich bewußt, daß der Abschluß von Festverträgen im Einzelfalle davon abhängen wird, daß auch die Baustoffindustrien bereit sind, feste Abschlüsse auf die Dauer von 6 Monaten mit den Bauunternehmungen zu tätigen.“

Daß es den genannten Unternehmergruppen nicht leicht geworden ist, diesen Beschluß herbeizuführen, ergibt sich aus seinem Wortlaut. Der Beschluß wird nur wirksam unter ganz bestimmten Voraussetzungen, das heißt, wenn alle nur erdenklichen Sicherungen von den Auftraggebern garantiert werden. Die Bauunternehmer selbst lehnen vorzüglich, wie sie immer sind, jedes Risiko ab. In diesem Zusammenhang ist ein Vorkommnis erwähnenswert, über das ebenfalls „Das Baugewerbe“ berichtet. Vor einiger Zeit hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten die Ansicht geäußert, daß, weil vielfach Auftraggeber ihre Arbeiten noch zu Weltpreisen vergaben, „für den Unternehmer kein besonderes Interesse an der Verhinderung der Lohnsteigerungen während der Bauausführung bestände“. Diese Meinung hat die Unternehmer tief gekränkt. Der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband hat sie zum Anlaß einer langen Eingabe genommen, worin er sich gegen den Vorwurf energisch verteidigt. „Wir müssen“ — so heißt es am Schluß der Eingabe — „vor aller Öffentlichkeit auf das entschiedenste dagegen Verwahrung einlegen, daß wir nicht genügend Interesse an der Verhinderung von Lohnsteigerungen gezeigt haben, nachdem wir zur Zahlung dieser Löhne trotz schwerster Kämpfe auf Veranlassung der Gewerkschaften durch das Reichsarbeitsministerium gezwungen worden sind.“

Aber Herr Minister! Sie haben wirklich eine zu hohe Meinung von den Unternehmern gehabt. Eine vorherige Anfrage bei den Gewerkschaften hätte Sie darüber gründlich aufklären können.

Zum Bauarbeiterschutz in Köln. Leider muß festgestellt werden, daß die am Bauarbeiterschutz beteiligten Berufsgruppen nicht das notwendige Interesse zeigen, um der Bauarbeiterschutzkommission ein erprobtes Arbeiten zu ermöglichen. Es ist vor allen Dingen unbedingt notwendig, daß alle Unfälle, gleich welcher Art, möglichst umgehend der Bauarbeiterschutzkommission mitgeteilt werden. Wir haben feststellen können, daß in diesem Jahre mehrere Unfälle mit tödlichem Ausgang und erst auf Umwegen und erst nach langer Zeit bekannt wurden. Ein Eingreifen zugunsten des Verletzten oder der Angehörigen des Getöteten hat dann in der Regel sehr wenig Aussicht auf Erfolg. Eine kürzlich vorgenommene kleine Kontrolle der Bauten zeigte erneut, daß die baupolizeilichen Vorschriften auf vielen Bauten außer acht gelassen werden. Besonders fiel uns auf, daß in vielen Bauten das Geländer an den Treppen fehlte. Auch bei den Aufzügen für Material waren nur in wenigen

Fällen Schutzvorrichtungen gegen herabfallende Gegenstände vorhanden. Ebenfalls bei Dacharbeiten war der Schutz äußerst mangelhaft. Im Volkshaus, Severinstraße 199, 2. E., ist ein Kästen angebracht, der für alle Mitteilungen an die Bauarbeiter-Schutzkommission bestimmt ist. Auch nimmt das Bureau des Baugewerksbundes sowie des Zentralverbandes der Zimmerer im selben Hause Meldungen entgegen.

Kollegen, sorgt also mehr als bisher für Euer Leben und Eure Gesundheit!

Die Bauarbeiter-Schutzkommission R.Ö.N.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Nachdem sich der Erziale Ausschuss sowie der Hauptausschuss des Reichstages mit Anträgen auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beschäftigt hatten, hat nun der Reichstag selbst Stellung genommen und beschlossen:

Die Sätze für die Hauptunterstützten werden um 20 %, die Familienzuschläge um 10 %, die Spitzenbeträge um 10 % erhöht. Für einmalige Hilfe an Ausgesteuerte und nichtversicherungspflichtige Angestellte werden der Wohlfahrtspflege 5 Millionen Mark überwiesen.

Mit diesem Beschluß ist der Reichstag hinter dem Antrag des Sozialen Ausschusses, der auf eine 30prozentige Erhöhung lautete, zurückgeblieben. Die Anträge der Arbeiterparteien waren noch erheblich weitergehend.

Der Beschluß wird der Not der Erwerbslosen durchaus nicht gerecht. Die Arbeiterparteien werden sich deshalb für eine weitere Erhöhung einsetzen müssen. Den Erwerbslosen und ihren Familien muß geholfen werden. Kann das nicht durch Beschaffung von Arbeit geschehen, dann muß es durch erhöhte Unterstützung erfolgen.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Die Verhandlungen für einen neuen Reichstarifvertrag im Malergewerbe fanden — so entnehmen wir dem „Maler“ — am 3. und 4. Dezember in Berlin statt. Am ersten Tage wurden nach einer kurzen Generaldebatte die von beiden Parteien gestellten Anträge in einer zehntündigen Sitzung durchberaten. Nachdem hierdurch aber nur in einigen untergeordneten Fragen eine Einigung erzielt war, wurde eine aus je 4 Vertretern bestehende Kommission eingesetzt, die am folgenden Tage in nahezu gleicher Verhandlungsbauer zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen versuchte. Schließlich gelang es ihr auch, weitere, darunter wichtige Differenzpunkte aus der Welt zu schaffen, so daß vor allem nur noch die Frage der Arbeitszeit, der Ferien und der Schaffung eines Garantiefonds strittig blieben. Hierüber werden die Parteien zunächst Mitte Januar nochmals verhandeln, und wenn auch hierdurch keine Einigung erfolgt, ein Schiedsgericht beziehungsweise einen oder mehrere Unparteiische zu Hilfe nehmen.

Der Baugewerksbund hielt am 18. und 19. November in Hamburg eine Verbandsversammlung ab. Nach dem auf dieser Tagung erstatteten Bericht über den Stand des Bundes betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des dritten Quartals 370 000. Die Kampfbeiträge sind nur in wenigen Bezirken gut, in den meisten schlecht gezahlt worden. Für die Reichstagsvertragsverhandlungen bestimmte die Konferenz neben den Vorstandsvertretern 4 Bezirksleiter. Die Werbeversammlungen im Herbst haben nicht voll befriedigt. In Zukunft sollen in derartigen Versammlungen auch Lichtbildervorträge gehalten werden. Eingehend wurde über die Tätigkeit der Bauhütten berichtet und anschließend daran über einen Antrag des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter an den Baugewerksbund verhandelt. Hierzu gelangte eine Entscheidung des Vorstandes zur Annahme, die die von dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter aufgestellten Uebertrittsbedingungen für nicht genügend erachtet und den in dieser Angelegenheit vom ersten Bundesstag in Leipzig gefassten Beschluß erneuert. Unter „kleinere Angelegenheiten“ beschäftigte sich die Sitzung auch mit Ausführungen auf unserer letzten Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter, das Verhalten einzelner Funktionäre des Baugewerksbundes gegenüber unserm Verband betreffend. Der Bundesvorsitzende Paepow stellte nach dem Bericht im „Grundstein“ fest, daß unsere Konferenz „grundlos Anschuldigungen erhoben“ habe. Ueber die Angelegenheit soll nach dem erwähnten Bericht demnächst im Zusammenhang mit der großen Frage der Industriearbeiterschaft geredet werden. Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß mit dieser „Feststellung“ Paepows die auf unserer Konferenz gemachten Ausführungen keineswegs erschüttert sind.

In den Werbeversammlungen des Baugewerksbundes ist die Stellung des Baugewerksbundes in der Wirtschaft und in den Gewerkschaften behandelt und, wie aus dem „Grundstein“ erhellt, auch der Gedanke der Industriearbeiterschaft im Baugewerbe propagiert worden. Der Baugewerksbund ist bekanntlich mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Breslau, dem zwar auch seine Vertreter zugestimmt haben, weil sie darin immerhin einen Fortschritt sehen, unzufrieden; er kündigt im „Grundstein“ an, daß er sich berechtigt und der Arbeiterklasse gegenüber verpflichtet halte, „auch weiterhin mit aller Kraft für die Industriearbeiterschaft, für den Gedanken des Baugewerksbundes zu wirken und zu werben. Keine Gelegenheit darf vorübergehen, sei es auf dem Bau in Versammlungen oder in zwanglosem Beisammensein, wo wir nicht versuchen, die Zimmerer, die Dachdecker, die Maler, die Arbeiter in der Baustoffindustrie für diesen Gedanken zu gewinnen“.

Gegen die Propaganda des Baugewerksbundes für die Industriearbeiterschaft innerhalb seines Wirkungsbereiches kann natürlich kein Verband etwas haben. Bei Ueberbreitung dieser Grenzen aber, das heißt bei einem widerrechtlichen Einbruch in das Gebiet anderer Verbände, müssen Reibungen entstehen, die im Interesse des Zusammenarbeitens der Verbände, wie auch im Interesse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung verhütet werden sollten. Solche Ueberbreitungen müßten die betroffenen Verbände

zu energischer Abwehr herausfordern; sie wären auch wenig geeignet, den Gedanken der Industriearbeiterschaft praktisch vorwärts zu bringen.

Der Verband der Glasarbeiter, der sich nach dem Ergebnis einer Abstimmung dem Baugewerksbund anschließen sollte, um zusammen mit den Töpfern den Grundstein für eine keramische Gruppe innerhalb des Bundes zu bilden, hat, wie wir annehmen, nach reiflicher Ueberlegung und unter dem Einbruch der Beschlüsse des Breslauer Gewerkschaftskongresses beschlossen, von der Durchführung dieses Beschlusses abzusehen. Zur Zeit schweben Verhandlungen zwischen ihm und den Verbänden der Fabrikarbeiter und Porzellaner. Ziel dieser Verhandlungen ist die Errichtung eines Verbandes der keramischen Industrie oder, falls das nicht gelingt, einer keramischen Gruppe innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes. Mit diesem Plane ist die Schaffung einer keramischen Gruppe innerhalb des Baugewerksbundes illusorisch geworden. Der Baugewerksbund hat sich damit scheinbar auch bereits abgefunden. Wie wir dem „Grundstein“ entnehmen, werden die im Baugewerksbund organisierten Töpfer in einem späteren Stadium zu der Frage Stellung nehmen.

Von der Arbeiterbank. In der außerordentlichen Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, die am 28. November 1925 unter der Leitung des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Theodor Leipart, stattfand, wurde der Beschluß gefaßt, das Kapital der Bank von 750 000 auf 4 000 000 M zu erhöhen. Der weitaus größte Teil des erforderlichen Neukapitals war bereits seitens der bisherigen Aktionäre sowie der Konzentration A.-G., Berlin, und des Hauptvorstandes deutscher Krankenkassen e. V., Charlottenburg, vor Beginn der Sitzung gezeichnet. Eine Reihe von Verbänden hatte sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten, so daß es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß die volle Summe in Kürze übernommen sein wird.

Aus dem Bericht der Verwaltung ist erfreulicherweise festzustellen, daß unser Bankinstitut im Jahre 1925 eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen hat. Gegenüber dem Ende des Vorjahres ist fast eine Verdreifachung der Einlagen zu verzeichnen. Der Geschäftsumfang als solcher hat außerordentlich zugenommen, und auch die Gewinne der Bank sind, soweit man heute bereits darüber urteilen kann, als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Mit lebhafter Genugtuung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die in Hamburg Anfang September dieses Jahres eingerichtete Filiale sich den gehegten Erwartungen entsprechend bisher entwickelt hat und auch nach dem Stand ihrer Depositionen usw. für die Zukunft Erfolg verspricht. Die Verwaltung sprach ihren ganz besonderen Dank den Ortsauschüssen des ADGB in München, Frankfurt a. M. und Bielefeld aus für die verständnisvolle Mitarbeit an dem Ausbau der Bank, die sie durch die Einrichtung eines örtlichen Zahlverkehrs übernommen haben. Sie wies darauf hin, daß gerade solche Mitarbeit die günstige Entwicklung zu fördern besonders geeignet sei. Der neu aufgenommene Sparverkehr ist noch in der Entwicklung begriffen, indes scheint sich auch hier bereits bei der Mehrzahl der Ortsauschüsse sowie der Ortsverwaltungen die Geneigtheit zur tatkräftigen Unterstützung der Bank zu zeigen, wie mit Dank seitens der Verwaltung anerkannt wurde.

Im Anschluß an die durch die Kapitalerhöhung notwendigen Verhandlungen und Beschlüsse berichtete Herr Meyer auf einen aus der Mitte der Versammlung geäußerten Wunsch über die Eindrücke, die er gelegentlich seiner Reise nach Amerika mit der Gewerkschaftsdelegation gewonnen hat. Als härtester Eindruck läßt sich danach feststellen, daß zwar die Amerikaner in technischer und organisatorischer Hinsicht hier und da überlegen sind, daß aber, alles in allem, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, ihren amerikanischen Schwesterinstituten durchaus ebenbürtig ist.

Sozialpolitisches.

Eine Senkung der Lohnsteuer hat der Steuerausschuss des Reichstages beschlossen durch eine Erhöhung der steuerfreien Grenze auf 100 M monatlich. Der Beschluß bedarf noch der Bestätigung durch das Plenum. Erfolgt diese, woran kaum zu zweifeln ist, dann bleiben vom 1. Januar 1926 an mindestens folgende Beträge steuerfrei:

Lediger Steuerpflichtiger	100 M.,	bisher 80 M.
Verheiratet ohne Kinder	110 "	" 90 "
" mit 1 Kind	120 "	" 100 "
" " 2 Kindern	140 "	" 120 "
" " 3 "	180 "	" 160 "
" " 4 "	240 "	" 210 "

Für jedes weitere Kind bleiben weitere je 80 M. monatlich steuerfrei, bisher 50 M.

Literarisches.

Der leuchtende Baum, Novellen. Von Ernst Preezang. (Verlag Büchergilde Gutenberg, Leipzig.) Dieser „leuchtende Baum“, das neueste Werk des bekannten Arbeiterdichters, strahlt im milden Lichte reiner, persönlicher Menschenliebe, die alle empfänglichen Herzen erheitert. Es ist etwas Eigenes um diese dem Alltagsleben abgekauften Geschichten. Die Funken des Mitleids, das gleichsam blutend der Seele des Dichters entströmt, erzeugen auch in uns die brennende Teilnahme an dem Schicksal dieser armen, enterbten, vom Schicksal geschlagenen Menschen, die zuletzt fast immer als tapfere Begleiter ihres Lebensleides vor uns stehen. Wir lachen, weinen, hoffen und triumphieren mit ihnen; denn dieser Dichter hält unser Herz in jedem Augenblick in seinem Bann. Immer wieder schöpft die Phantasie Preezangs aus unerschöpflichen, neuen Quellen des Erlebens; ob er uns an das Meer, in die Heideinsamkeit, in die Großstadt oder auf die Landstraße führt, immer wieder verspüren wir das sichere Einfühlungsvermögen, die Wärme und verklärende

Andacht und Liebe lebendigen Schöpfertums, das in Daßschmerz, Freude und unruhiger Sehnsucht dem Herzschlag der Erde und dem Wellenschlag menschlichen Schicksals lauscht. Zur Liebe, Geduld und Verträglichkeit mahnend, schlägt unaufdringlich die Stimme des Dichters an Herz und Ohren, daß wir erbeben im tiefsten Innern, erschütterter und dennoch voll froher Glückseligkeit, weil wieder ein Dichter erstanden ist, der uns ein Führer auf dem Wege zum Licht sein will. Voll dankbarer Freude wird daher jeder zu dem Buch greifen, das, von der feinnerbigen Künstlerhand Herbert Hauschilts illustriert, auch in einem äußerst geschmackvollen Gewande erscheint.

Die Mitgliedschaft bei der Büchergilde Gutenberg kann von jedermann erworben werden. Das Eintrittsgeld beträgt 75 M und der monatliche Beitrag 1 M. Dafür erhält jedes Mitglied monatlich eine Zeitschrift und vierteljährlich ein inhaltlich und buchtechnisch gut ausgestattetes Werk. Den Mitgliedern steht außerdem das Vorzugrecht zum Bezuge von Büchern aus einer Auswahlreihe zu.

Taschentalender 1926 für die arbeitende Jugend. 80 S. Preis 70 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Der kleine Kalender, der bequem in der Jackentasche zu tragen ist, ist in Ganzleinen gebunden und zweifarbig gedruckt. Er will kein Lesebuch und kein Lexikon sein, und bringt darum nur, was wirklich für einen Funktionärkalender, den man ständig bei sich tragen soll, wichtig ist.

Volk von morgen. Der Hamburger Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend, von ihr selbst erzählt. Illustriert, 112 Seiten, Preis 2 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Das Buch ist ein Werk der Jugend selbst, von ihr geschrieben, gedichtet, gebildet. In ihren Chor fügen sich aber auch die bekannten Arbeiterdichter Bröger, Barthel, Schönlanck, G. Claudius und ältere Führer der Jugend, wie Gustav Radbruch und G. M. Müller, ein. Auf 112 Seiten begegnen uns in reicher Abwechslung farbig geschriebene Berichte, schöne Stimmungsbilderungen, Tagungsanekdoten, Dialektstücke, auf dem Jugendtag entstandene Gedichte, Vortragsniederschriften, Aufsätze, köstliche Scherenschnitte vom alten Hamburg, Photographien, die das Jugendtagleben und das neue Hamburg der Hochbauten widerpiegeln. Das Buch beginnt mit Kapiteln über „Nüsten und Erwarten“ und endet mit einer kühnen Kulturschau.

„Die Gesellschaft.“ Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding. Heft 12 bringt Aufsätze von Dr. Rudolf Breitscheid: Locarno; Herbert Tracey: Wo stehen die englischen Gewerkschaften; A. Jucow: Die russische Bauernschaft und die Ernte; Dr. Hans Heinrich: Personalität und Geselligkeit in der Gesichtsauffassung; Dr. Fritz Waade: Der deutsch-spanische Handelsvertrag und seine Einwirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben; Dr. Alfred Kleinberg: Soziologische Literaturgeschichtsforschung. „Die Gesellschaft“ erscheint monatlich. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 M., jährlich 17 M. Bestellungen sind an den Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68, oder an die Postanstalten zu richten.

Versammlungsanzeiger.

(Zahlstellen, die ihre regelmäßigen Versammlungen für 1926 im „Versammlungsanzeiger“ bekanntzugeben wünschen, werden um baldige Mitteilung gebeten. Anzugeben ist, an welchem Tage, um wieviel Uhr und in welchem Lokale die Versammlungen stattfinden.)

Montag, den 21. Dezember:

Potsdam: Abends 7½ Uhr bei Prast, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Sonntag, den 27. Dezember:

Altötting: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus Faltermaier in Neudtting. — **Veracu a. Mügen:** Nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Zur Weintraube“. — **Leimold:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Laageische Straße. — **Neuzen:** Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Anzeigen.

Zahlstelle Hagen i. W.

Allen reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß in Hagen i. Westf. große Arbeitslosigkeit ist. 50% der Einheimischen sind ohne Arbeit, deshalb ist ein Zureisen zwecklos. Unterstützung aus der Lokalkasse wird nicht gewährt. Wir ersuchen alle Reisenden, Hagen i. Westf. zu meiden. Der Vorstand. [2,40 M.]

Zahlstelle Strassburg i. d. Udern.

Sonntag, den 27. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Lokal Königsberg, Markt 16

Generalversammlung.

Tagessordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Beitragsentrichtung. 4. Sonstiges. Erscheinen aller Kameraden ist unbedingt Pflicht. [2 M.] Der Vorstand.

Der **Erich Auschner**, geboren am 17. März 1907 Zimmerer zu Striegau, wird ersucht, seinen Eltern seine Adresse mitzuteilen. Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. [1,50 M.]

Alfred Schattföner aus Bergedorf,

geboren 16. März 1907, wird gebeten, seinen Eltern seine Adresse mitzuteilen. Kameraden, die mit ihm zusammentreffen, wollen ihn bitte darauf aufmerksam machen.

Alfred Schattschneider, Bergedorf, Brodbeck 263.